

Von der Freiheit der Eliten zur Demokratisierung der Gesellschaft

Soziale Ungleichheit wird zunehmend als individuelles Problem verhandelt, gleichzeitig werden strukturelle Bedingungen wie klassen-, geschlechts- oder ethnien-spezifische Differenzierungen und Diskriminierungen, die Ungleichheit, Gewalt und Herrschaft hervorbringen, immer weniger öffentlich thematisiert. Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Umverteilung und der Solidarität werden zugunsten einer individualistischen Eigenverantwortungslogik aufgegeben, die allenfalls eine Gleichheit der Chancen proklamiert, ohne die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Chancengleichheit bleibt leere Rhetorik, mehr ideologische ‚Waffe‘ gegen Gerechtigkeitsansprüche, denn ernsthaftes politisches Programm.

Aber nicht nur die Legitimität sozialstaatlicher Politik wird zunehmend in Zweifel gezogen, sondern auch Geschlechtergleichstellung. Und das nicht nur von einer mehr oder weniger rechts-orientierten Männerrechtsbewegung, der Diskurs ist längst vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft gewandert. Entgegen der Realität von Einkommensdiskriminierung, Gewalt gegen Frauen oder den weiterhin bestehenden Ausschlussmechanismen gegenüber Frauen in Wirtschaft, Politik oder Wissenschaft, wird ein diffuser Opferbegriff für Männer proklamiert. Tatsächliche Krisen, Problematiken und Ausgrenzungen, mit denen Männer konfrontiert sind, ignorierend, wird einem platten Antifeminismus gefrönt. Analysen der kritischen Männerforschung bleiben – fast wie jene der feministischen Forschung – im öffentlichen und öffentlichkeitswirksamen Diskurs weitgehend ungehört, weil einfache ‚Lösungen‘ gefragt sind. So kann letztlich von einer praktisch schon erreichten Gleichheit der Geschlechter gesprochen werden, die sich sogar schon in eine Diskriminierung von Männern verkehrt habe. Tatsächlich haben sich Geschlechterrollenbilder auf einer kulturellen Ebene in den letzten Jahrzehnten erheblich verschoben – die soziale Praxis, manifest vor allem in der Arbeitsteilung, bleibt hingegen unbeweglich. Die Modernisierung von Geschlechterverhältnissen bleibt also in vielerlei Hinsicht auf einer rhetorischen Ebene verhaftet und materialisiert sich kaum in der Verteilung von Macht, Ressourcen und bezahlter als auch unbezahlter Arbeit.

Individualisierung und rhetorische Modernisierung erweisen sich so als Mittel der Reduktion gesellschaftlicher Komplexität, die die Politik der Aufgabe einer Problemlösung in einem strukturellen Sinn enthebt. Es soll hier aber nicht nur um Analysen gehen, sondern auch darüber diskutiert und beispielhaft erläutert werden, wie unter diesen Bedingungen eine Politisierung von gesellschaftlichen Widersprüchen und Konflikten gelingen kann.

Re-Feudalisierung und die Privatisierung sozialer Ungleichheit

Re-Feudalisierung oder die „Krise bürgerlicher Werte“ als Beschreibung des Wirtschaftslebens und des politischen Systems tauchen in wissenschaftlichen Analysen und journalistischen Kommentaren immer häufiger auf. Die offenkundigen Legitimationsprobleme des kapitalistischen Systems werden zunehmend auch von Konservativen thematisiert. So schreibt der konservative Denker Meinhard Miegel: „Obsiegt hat nicht (...) das Wertesystem [des Westens], sondern seine materielle Überlegenheit.“¹ Eine breitere öffentliche Debatte löste Charles Moor mit seinem Kommentar „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“ in „The Telegraph“ vom Juli 2011 aus.² Aufgegriffen zuerst von Frank Schirrmacher in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“³ kam die Debatte zeitverzögert auch in Österreich an. Einmal mehr wähnt man sich hierzulande als „Insel der Seligen“ bzw. als „Wallfahrtsort für Linke“.⁴ Die offensichtliche Verteilungsproblematik wird hier von Andreas Kohl (ÖVP) schlicht geleugnet, die Entwicklung der Lohnquote und die daraus ersichtliche Einkommensverteilung, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr eindeutig zugunsten von VermögensbesitzerInnen und Unternehmen entwickelte, nicht zur Kenntnis genommen. Die steigende Zahl der Armen und von Armut Betroffenen hierzulande wird – weil geringer als etwa in Großbritannien und Deutschland – kaum als ernstes Problem erkannt oder gar bearbeitet.

Geschlecht, Klasse und Ethnie werden in ihrer Eigenschaft als Strukturkategorien, als soziale ‚Platzanweiser‘ politisch ignoriert und die aus ihnen resultierenden, zweifellos in Veränderung begriffenen, sozialen Positionierungen zum individuellen Schicksal erklärt. Wurde – vor der Politisierung durch die Frauenbewegung – die Hierarchie im Geschlechterverhältnis auf eine private Frage reduziert, die nicht öffentlich und politisch verhandelbar ist, so geschieht dies heute – überspitzt formuliert – in gewisser Weise mit allen Verhältnissen, die soziale Ungleichheit hervorbringen. Was ehemals macht- und herrschaftstheoretisch gefasst wurde und als politisch zu bearbeiten galt, wird heute in einem moralisierenden Duktus – als „Schuld“ der Betroffenen – verhandelt, um letztlich eine Verantwortungslosigkeit der Politik zu begründen.

Ein Beispiel dafür ist die Debatte um das Transfer-, dann Transparenzkonto, in die Diskussion gebracht von Josef Pröll, dem ehemaligen Vizekanzler und Finanzminister im Jahr 2009, am Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise. So genannte ‚Steuerzahler-Familien‘ und ‚LeistungsträgerInnen‘ werden NiedrigverdienerInnen und ‚LeistungsempfängerInnen‘ entgegengesetzt. Der Begriff der Leistungsgerechtigkeit wird in dem Papier der ÖVP zum Transferkonto der Verteilungsgerechtigkeit entgegengesetzt.⁵ Interessant dabei ist, dass Leistungsgerechtigkeit nur in Bezug auf arme, arbeitslose Menschen Anwendung findet – es geht um jene, die Leistungen aus dem Sozialsystem in Anspruch nehmen. Dass Leistung kaum – und immer weniger – ein Prinzip ist, das Einkommen begründet, ist an den viel diskutierten Managergehältern mehr als deutlich geworden. Der moralisierende Duktus richtet sich aber kaum gegen jene Gruppe. Die „Rechtfertigungsordnung“ des Finanzmarktkapitalismus unterscheidet sich deutlich von

jener der vorhergehenden Formationen des Kapitalismus – „bürgerlicher Erwerbsfleiß“ wurde durch eine „Ökonomie der günstigen Gelegenheit“ (am Finanzmarkt) ersetzt. „Längst hat sich im Wirtschaftsleben ein Neofeudalismus der Begüterten ausgebreitet“ resümiert der Soziologe Sighard Neckel.⁶ Ein Neofeudalismus ist aber nicht nur bei wirtschaftlichen Eliten zu erkennen. So werden Vertreter der politischen Eliten immer häufiger im Zusammenhang mit Korruptionsskandalen genannt. Gesetze werden in eine für Unternehmen günstige Form gebracht, wenn entsprechendes Geld von meist mächtigen Interessengruppen fließt. So geschehen etwa in der Telekom-Affäre, die im Sommer 2011 ehemalige österreichische Spitzenpolitiker der Schlüssel-Ära in Bedrängnis brachte, allen voran Ex-Vizekanzler Hubert Gorbach, der für eine Änderung der Universaldienstverordnung nach seinem Ausscheiden aus dem Amt Zahlungen von der Telekom erhalten haben soll.

Diese und andere Korruptionsvorwürfe weisen deutlich auf Legitimationsprobleme des politischen und des wirtschaftlichen Systems hin. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen, die die demokratiepolitische Problematik thematisieren, haben allerdings kaum noch Chancen gehört und ernst genommen zu werden. Zum einen fehlt es den genannten Gruppen an Macht und Einfluss, zum anderen ist der ‚Unterhaltungs‘-Wert ihrer politischen Inhalte begrenzt, was in einer Zeit der PR-mäßigen Inszenierung von Politik gegenüber einer problemlösungsorientierten, strukturellen und insofern langfristigen Politik immer mehr in den Mittelpunkt rückt.⁷

Demokratie wird damit ausgehöhlt, sie verliert ihren materiellen Gehalt, also die reale Bedeutung im Leben der Menschen. Werden soziale Rechte als nicht mehr finanzierbar in Frage gestellt, dann bedeutet das, dass es zu einer Fragmentierung staatsbürgerlicher Rechte entlang von Klasse, Geschlecht und Ethnie kommt. Gleichheit als Grundwert wird durch einen individualistischen Freiheitsbegriff ersetzt, der Gleichheit nicht mehr als Voraussetzung von Freiheit einschließt und letztlich die Freiheit der Wenigen meint. Demokratische Grundfreiheiten und staatsbürgerliche Rechte können ihre Wirkung erst dann voll entfalten, wenn sie mit sozialer Gleichheit verbunden werden – ansonsten werden sie Fassade einer ungleicher und undemokratischer werdenden Gesellschaft.

Anhand der Regierungserklärung von Landeshauptmann Günther Platter vom Juli 2008 soll verdeutlicht werden, wie sich diese Ideologie in regionale Politik übersetzt:

„Ganz klar ist für mich, dass wir eine Verantwortungsgesellschaft sein müssen. Es kann nicht sein, dass immer zuerst danach gefragt wird, wie die öffentliche Hand individuelle Probleme löst. (...) Ich wünsche mir, dass jeder überlegt, welchen Beitrag er dazu leisten kann, dass die Gruppe jener, die die Hilfe der Allgemeinheit brauchen, immer kleiner wird.“⁸

Verantwortlich fühlen soll sich jede/r Einzelne, nicht die politischen EntscheidungsträgerInnen, ‚Hilfe für Bedürftige‘ wird der Vorrang gegenüber sozialen Rechten für alle gegeben und die Frage sozialer Ungleichheit damit privatisiert. Deutlich wird dies auch anhand des von Platter 2010 ins Leben gerufenen „Netzwerkes

Tirol hilft“. Während soziale Einrichtungen jährlich mit drastischen finanziellen Kürzungen rechnen müssen, initiiert der Landeshauptmann eine medienwirksame Einzelfallhilfe. Statt einer angemessenen Wirtschafts- und Strukturpolitik, Einkommens- und Sozialpolitik werden Menschen zu BittstellerInnen gemacht. Dass die Funktion des „Netzwerkes Tirol hilft“ vielmehr die einer PR-Maschine für den Landeshauptmann ist, scheint damit offensichtlich. Der Wille oder die Fähigkeit, soziale Probleme in Angriff zu nehmen, fehlt. Stattdessen werden Anleihen bei einer vormodernen sozialen Ordnung genommen, in der ein ‚Landesfürst‘ Gelder an ‚Bedürftige‘ verteilt.

Geschlechtergleichheit in Eigenverantwortung

Die Darstellung von Geschlechterverhältnissen auf einer kulturellen Ebene, in der Massenkultur, aber auch in der politischen Rede, geht schon lange nicht mehr von einer Überordnung des Männlichen und einer Unterordnung des Weiblichen aus. Die Rollen sind scheinbar austauschbar geworden, wenngleich letztlich durchaus geschlechtsspezifische Zuordnungen bestehen bleiben. Die Verteilung der unbezahlten Arbeit, die Besetzung von Führungspositionen in allen Bereichen der Gesellschaft, aber auch die Verteilung der Armutsgefährdung zeigen, dass soziale Realitäten diesem kulturellen Bild kaum entsprechen.

Angelika Wetterer bezeichnet dieses Phänomen als rhetorische Modernisierung, in der sich Kultur- und Strukturzusammenhang gegeneinander verschoben haben:

„Das alltagsweltliche Differenzwissen, das also, was die Gesellschaftsmitglieder über den Unterschied der Geschlechter und die soziale Bedeutung der Geschlechterdifferenz, über die Geschlechterordnung und das Verhältnis der Geschlechter wissen, ist [...] den Strukturen des Geschlechterverhältnisses und großen Teilen der sozialen Praxis ein ganzes Stück vorausgeilt.“⁹

Alte Selbstverständlichkeiten sind aufgebrochen und geschlechtshierarchische Verteilungsasymmetrien sind begründungsbedürftig geworden, sie bleiben aber trotzdem bestehen. Einmal mehr wurde im Frauenbericht 2010 festgestellt, dass drei Viertel der Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit von Frauen erledigt wird. Auf der Ebene von sozialen Strukturen und Institutionen, aber auch der des Alltagshandelns finden sich nach wie vor sehr traditionelle Verhältnisse, wenn auch in modifizierter Form.

Zwischen Wissen und Haltungen zu den Geschlechterverhältnissen und sozialer Praxis tut sich also ein tiefer Bruch auf. Dabei ist es nicht nur die soziale Praxis der Menschen, die in der rhetorischen Modernisierung der Geschlechterverhältnisse nicht aufgeht. Auch die Politik setzt, etwa in der Frage der Kinderbetreuung, der Erziehungspolitik und der Sozial- oder auch der Arbeitsmarktpolitik, nach wie vor eine traditionelle Geschlechterordnung voraus. Am Höhepunkt der Wirt-

schafts- und Finanzkrise war z. B. sehr schnell klar, dass mit einem Konjunkturpaket – im Sinn der männlichen Familienerhalter-Logik – in erster Linie Männerarbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Rhetorische Modernisierung geht aber auch mit Angriffen gegen den Feminismus und der Inszenierung eines ‚neuen Feminismus‘ einher. Es wird ein Frauenbild entworfen, das auf Attribute traditioneller Weiblichkeit nicht verzichten ‚muss‘, um als emanzipiert zu gelten. Hier ein lokales Beispiel dafür, wie Versatzstücke feministischer Theorie und Politik in eine vermeintlich emanzipatorische Frauenpolitik integriert werden. Was einst „mit Selbstbewusstsein und Stärke auftreten“ in der Frauenbewegung hieß, kann ohne allzu große Brüche in eine neoliberale Eigenverantwortungslogik übersetzt werden, wenn der politische Kontext abgeschnitten wird. Aus diesem Fundus bedienen sich auch modernisiert-konservative Geschlechterpolitiken. Ein Wahlslogan wie dieser: „Ich bin so Frau, weil Chancengleichheit das ist, was ich selbst daraus mache“ – verwendet von der ehemaligen Landesrätin für Frauenangelegenheiten Elisabeth Zanon im Tiroler Landtagswahlkampf 2008 – beinhaltet vielerlei: ‚Starke‘ Frauen sind jene, die selbst Verantwortung übernehmen und keine Forderungen erheben. Der Begriff der Verantwortung wird hier absurd, weil sie offenbar auch dort zu tragen ist, wo die Einzelne gar keinen Einfluss besitzt – eben in der Ungleichheit der Chancen, der Einkommensdiskriminierung, der ganzen Last der unbezahlten Arbeit oder der Gewalttätigkeit nicht nur der Strukturen, sondern auch ganz konkreter Männer. Und schließlich ist die Betonung des „ich bin so Frau“ auch als Gegensatz zu Feministinnen gedacht.

Ein Beispiel jüngerer Datums ist das Video „Das Superwoman der ÖVP“. In Interviews mit Funktionärinnen findet sich das Statement: „Wir sind emanzipierte Frauen, keine Emanzen.“; auch hier wird der Gegensatz Frauen versus Feministinnen konstruiert. Für gleiche Rechte zu kämpfen, wird mit ‚Unweiblichkeit‘ assoziiert. Die Frage, wer die Definitionsmacht besitzt, zu beurteilen, was weiblich und was unweiblich ist (und was männlich/unmännlich ist), bleibt ungestellt.

Grundzüge dieser Argumentationen sind also (1) eine Abgrenzung vom sogenannten ‚alten‘ Feminismus, (2) ein Individualismus und in diesem Sinn eine Anschlussfähigkeit an neoliberale Politik, (3) eine heterosexistische Orientierung, die den kulturellen Inhalt von ‚Weiblichkeit‘ nicht befragt oder als Disziplinierungsinstrument von Frauen in Frage stellt und (4) die Abwesenheit jeglicher Gesellschaftsanalyse.¹⁰

Politisierung: Widersprüche benennen

Nun aber zu der Frage, wie unter diesen Bedingungen Politisierung gelingen kann. Ich denke, dass aus der Politisierungsgeschichte der Neuen Frauenbewegung einige Anleihen genommen werden können. Die Strategien der Enttabuisierung und der Sichtbarmachung von Zusammenhängen und das Kommunizieren dieser Zusammenhänge sind wesentlich. Nancy Fraser¹¹ hat dies als das dreidimensionale Gerechtigkeitsverständnis der Frauenbewegung beschrieben, in dem ökonomische

mische, politische und kulturelle Dimensionen der Diskriminierung von Frauen sowie deren Verwobenheit miteinander analysiert werden. Neben der Sichtbarmachung struktureller Zusammenhänge geht es also auch darum, zu zeigen, wie sich diese im persönlichen Leben niederschlagen.

Ein Beispiel: Fehlende Kinderbetreuung bedeutet dann eben nicht nur eine eingeschränkte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern die Mobilisierung von (vor allem gering qualifizierten) Frauen als billige Arbeitskräfte für atypische Arbeitsverhältnisse, die keine Existenzsicherung ermöglichen. Damit verbindet sich eine generelle Abwertung von Frauenarbeit – manifest in der Einkommensdiskriminierung. Folgen davon sind Armut oder ökonomische Abhängigkeit von Frauen. Diese Verweigerung von weiblicher Autonomie geht allzu oft damit einher, dass Frauen in nicht mehr gewollten oder sogar Gewaltbeziehungen verbleiben. Ein Verweisen von Frauen an ein ‚zweites Standbein‘ sozialer Sicherung – eine Ehe- oder Partnerschaft – ist als Zwang und strukturelle Gewalt zu benennen, bleibt aber unter den gegebenen Verhältnissen nach wie vor unhinterfragte Normalität. Autonome Lebensentwürfe für Frauen sind aber auch eine klassenspezifisch Frage – dass in Tirol 62% der erwerbstätigen Frauen mit ihrem Einkommen unter 1.000 Euro liegen, führt das vor Augen.

Es geht also um eine Zusammenführung von Debatten und Forderungen und um ein Herunterbrechen von abstrakten Diskursen auf die Ebene von Lebensrealitäten und Alltagserfahrungen. Frauenbewegung und feministische Theorie haben gezeigt, wie sehr private Lebens- und Liebesverhältnisse mit gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen verwoben sind. Herrschaft und Zwänge sind im persönlichen Erleben aufspürbar: in den alltäglichen Widersprüchen zwischen dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und Anerkennung, nach Autonomie und stabilen Sozialbeziehungen und der Realität einer Arbeitswelt, die Arbeit und Existenzsicherung entkoppelt, einer Politik, die ihre soziale Verantwortung zunehmend aufgibt, einer Kultur, in der der Begriff der (Eigen-)Verantwortung zu einer zynischen Umschreibung für Entsolidarisierung geworden ist und in der stabile soziale Beziehungen brüchig werden und für einen großen Teil der Frauen nur um den Preis der Abhängigkeit zu haben sind. Das zu vermitteln ist Basis für eine neuerliche Politisierung und Demokratisierung jenseits der Lähmungen technokratischer Politikkonzepte. Es kann die Basis für kollektives Handeln, für Entwürfe alternativer Lebensformen und einer Leidenschaft für Demokratie sein.

Anmerkungen

- 1 Meinhard Miegel, *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin 2010, S. 59.
- 2 The Telegraph, 22.07.2011, <http://www.telegraph.co.uk/comment/columnists/charlesmoor/> (Zugriff 05.09.2011).
- 3 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.08.2011, <http://www.faz.net/> (Zugriff 05.09.2011).
- 4 Der Standard, 20./21.08.2011, S. 2.
- 5 ÖVP, *Das Transferkonto*, 21.10.2009, http://www.oevp.at/Common/Downloads/Transferkonto_OEVP_2.pdf (Zugriff 25.08.2011).

- 6 Sighard Neckel, Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, Köln 2010, S. 7, 11, 6, <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp10-6.pdf> (Zugriff 21.08.2011).
- 7 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008.
- 8 Günther Platter, Regierungserklärung 2008, S. 3, <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/regierung/downloads/regierungserklaerung-010708.PDF> (Zugriff 25.08.2011).
- 9 Angelika Wetterer, Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen, in: Gudrun-Axeli Knapp/Dies. (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II, Münster 2003, S. 286–319, hier S. 289.
- 10 Elisabeth Klaus, Antifeminismus und Elitenfeminismus. Eine Intervention, in: Feministische Studien, Jg. 26, H. 2/2008, S. 176–186.
- 11 Nancy Fraser, Feminism, Capitalism and the Cunning of History, in: New Left Review, H 2, Nr. 56/2009, S. 97–117.